Blick

Wochenend-Magazin

ei Männer in Strickja-
n auf Spaziergang – so
es aus, als Kanzler Hel-
t Kohl und Kreml-Chef
rbatschow die deut-
e Einheit besiegelten.

NKEN ZUM TAG

größte Bedro-
g für unseren
eten ist der
be, dass ihn
and anderes
n wird."

wan
r Polarforscher

S TAGES

spiele für
anze Familie

Ferien haben endlich
g Zeit, um zu spielen.
die Familie bei Brett-
tenspielen zusammen-
es macht Spaß und
bringt Zeit miteinander.
ntag wird der Preis für
l des Jahres" verliehen.
mmen vier vielverspre-
Kandidaten. **Galaxo**

R AM SAMSTAG

1° | 15°

ns Mittags Abends

ER AM SONNTAG

25° | 15°

ens Mittags Abends

ntakt zu
MZ.de

facebook.com/mzwebde
@mzwebde
@mzwebde
Delitzscher Straße 65,
06112 Halle
redaktion.leserbriefe
@mz.de

Aboservice
0345 565-2233
Mo.-Fr. 7-18, Sa. 7-12 Uhr
Online-Leserservice
www.mz.de/service

36. Jahrgang – Nr. 159 – F 9438

Elbe so niedrig wie nie

Der Pegel der Elbe an der Magdeburger Strombrücke zeigt 44 Zentimeter. Damit wurde ein historischer Niedrigwasserstand gemessen, wie die Bundesanstalt für Gewässerkunde mitteilte. Der bisherige Tiefststand lag bei 45 Zentimetern im Sommer 2019. Ausbleibende Niederschläge führen dazu, dass die Schifffahrt weitgehend eingestellt ist. FOTO: DPA

Auch Anwälte werden knapp

Vor allem in ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts fehlen Juristen. In den kommenden Jahren gehen weitere 500 in Rente. Für Verbraucher heißt das: längere Wege und auf Termine warten.

VON LISA GARN

HALLE/MZ. Scheidung, Fahrverbot oder Streit mit dem Arbeitgeber: Wer in Sachsen-Anhalt eine Kanzlei sucht, muss mitunter lange suchen. Im Bundesland sinkt die Zahl der Rechtsanwälte deutlich. Landesweit gab es 2016 noch 1.757 niedergelassene Juristen, aktuell sind es rund 1.400. „Der Mangel besteht vor allem in ländlichen Regionen", sagt der Geschäftsführer der Rechtsanwaltskammer Sachsen-Anhalt, Christian Lisec. „Viele Anwälte gibt es nur in Magdeburg und Halle." Diese Entwicklung werde sich fortsetzen. „Ein Großteil der Juristen ist in den 1960er oder 1970er Jahren geboren, viele gehen bald in Rente." Lisec schätzt, dass in den kommenden zehn Jahren etwa 500 Kollegen ausscheiden.

Und Nachwuchs fehlt: Jura-Absolventen wollen immer weniger klassische Anwälte werden. 2024 gab es nur rund 20 Neuzulassungen. „Work-Life-Balance ist heute das wichtige Thema. Die Risikobereitschaft ist nicht mehr so da, sich mit einer Kanzlei selbstständig zu machen", sagt Lisec. Ein Beispiel für die Engpässe im ländlichen Raum ist Genthin im Jerichower Land. Nach dem plötzlichen Tod eines Anwalts 2023 gibt es dort noch vier Juristen, erzählt Lisec. In Weißenfels hatte zuletzt Rechtsanwalt Hendrik Lippold Alarm geschlagen: „In den letzten Jahren sind drei oder vier in Rente gegangen, neue sind nicht dazugekommen." Es komme „tatsächlich vor, dass man Rechtssuchende abweisen muss".

Deutschlandweit stieg dagegen die Zahl der Rechtsanwälte auf 166.504 (2024: 165.776). „Es gibt einen Unterschied zwischen Ost und West", erklärt Uta Hesse, Vorsitzende des Landesanwaltvereins. „Nach der Wende gab es in Ostdeutschland zu wenig Anwälte. Viele junge Kollegen kamen aus den alten Bundesländern – heute gehen sie fast zeitgleich in Rente." Problematisch sei auch der Fachkräftemangel. Hesse berichtet von Kollegen, die seit langem Rechtsanwaltsfachangestellte suchen. „Wer Einzelanwalt ist und niemanden findet, macht dann die Bürobarbeit selbst."

> „Stellen im Staatsdienst wirken attraktiver."
>
> **Christian Lisec**
> **Rechtsanwaltskammer**

Durch den Rückgang hätten Anwälte „merklich mehr zu tun", sagt Lisec. „Man muss priorisieren: Da kann das Testament eher warten, die Post vom Gericht aber nicht." Rechtssuchende müssten aber längere Wege in andere Orte auf sich nehmen.

Die Rechtsanwaltskammer wirbt inzwischen bei Regionalkonferenzen auf dem Land um Nachwuchs. Dabei werden Stadt und Umland sowie die Arbeit als selbstständiger Anwalt dort vorgestellt. „Wir müssen junge Menschen früh im Studium erreichen. In einigen Fällen konnten wir in Kanzleien vermitteln."

Doch Stellen im Staatsdienst wirkten für viele angehende Juristen attraktiver, so Lisec. „Da ist das Denken: geregelte Arbeitszeit, geregeltes Einkommen." Dabei sei es „ein Irrglaube, dass Anwälte von 7 bis 22 Uhr arbeiten", sagt Hesse. „Es gibt stressige Phasen, aber man kann sich die Arbeitszeit einteilen und mobil arbeiten."

Das Land bietet Jura-Absolventen aus Sachsen-Anhalt direkt Jobs an. Auch im Staatsdienst fällt die Pensionswelle stärker als in Westdeutschland aus. Bis 2030 verliert das Bundesland laut Justizministerium noch 184 seiner heute aktiven 789 Richter und Staatsanwälte, in den Zahlen sind auch 115 Richter auf Probe erfasst. Das Ministerium spricht von einer „Einstellungsoffensive", mit der in den vergangenen fünf Jahren 177 Volljuristen eingestellt worden sind.

„Der Bedarf nimmt in diesem Bereich also ab. Die Chance für Absolventen wird kleiner", konstatiert Anwältin Hesse. „Allerdings wächst die Nachfrage nach Juristen in Verwaltungen, so in Kommunen, Krankenkassen oder Kammern. Es gibt auch den Trend, dass Rechtsanwälte nach 20 Jahren Kanzlei in Behörden wechseln – in Teilzeit und mit weniger Verantwortung." **Seiten 2 und 8**

ANSICHTSSACHE

Postwurfsendung im Tropenparadies

Flaschenpost legt 6.000 Kilometer zurück.

Okay, dieser Brief war vielleicht ein bisschen länger unterwegs. Dafür kostete er kein Porto – und macht diese kleine Geschichte hier überhaupt erst möglich.

Jörg und Cornelia Wanke aus Heringsdorf auf der Ostseeinsel Usedom hatten 2015 auf einer Kreuzfahrt im Atlantik – etwa auf der Höhe der Insel Madeira – die Blitz-Idee, einen Brief zu verschicken. Postkasten gab es gerade keinen, ein Kuvert auch nicht. Aber das Meer. Und eine Flasche.

Was in dem Brief stand, ist nicht überliefert – und wohl auch nicht so wichtig. Wichtig ist: Der Brief kam an. Auf den Bahamas, 6.000 Kilometer entfernt und zehn Jahre später. Flaschenpost-Experte Clint Buffington fand den blitzeblauen Glaszylinder und via Social Media wenig später auch die Absender. Ein schönes Signal und die Botschaft: Briefe verbinden Menschen. Auch, wenn die sich vorher gar nicht kannten.

Jörg Wanke, Flaschenpost. FOTO: DPA

In diesem Sinne haben die Warnkes, diesmal zu Hause auf Usedom, ihre nächste Postwurfsendung ins Rennen geschickt. Platsch, direkt von der Heringsdorfer Seebrücke in die Ostseefluten. Jetzt kommt Warten und ein bisschen Ungewissheit. Ein bisschen wie bei der Post. Axel Ehrlich

Präsident de Landtags rüg Polizei-Razz

MAGDEBURG/MZ/JS. Sac Anhalts Landtagsprä Gunnar Schellenberger (hat massive Kritik an de zeidurchsuchung im Parl wegen Untreueverdachts vergangenen Woche geüb Missachtung der Würd Parlaments durch die Sta waltschaft Magdeburg ha weit für Aufsehen gesorg sierte Schellenberger ar tag in einem Beschwer an Generalstaatsanwältin Geyer. Der Landtagspr betonte, er kritisiere ni Ermittlungen – er ve aber das Vorgehen der S waltschaft und der Po der Razzia. „Die Verfass Landes Sachsen-Anhal nisiert die Räumlichk Landtags von Sachs aus guten, auch hi Gründen gegen Eing rer Hoheitsträger", s berger. Die Staatsan ermittelt wegen des der Untreue gege Fraktionen. **Politi**

LKA erm nach Ang durch Ha

MAGDEBURG/MZ/JS. *einem Cyberangriff a ten der Landesregi Sachsen-Anhalts Lan nalamt (LKA) Ermittl genommen.* Nach M chen steht der Verd Computersabotage i Laut Sachsen-Anhalts ministerium werden sche Hacker hinter de vermutet. Ab Donne gen waren die Websit rer Ministerien unver massenhaft Zugriffen diert worden. Solche s ten DDoS-Attacken s führen, dass Server werden. Infolge des A das öffentliche La „für etwa 60 bis 90 Mi eingeschränkt oder gar nicht erreichbar" sagte eine Sprecherin der MZ. Nach MZ-R hielt die Attacke auc hinaus bis zum Frei an. Schon in der Verg hatte es Angriffe auf desportal gegeben.

Streit um jährlichen

MAGDEBURG/DPA. Anhalts Infrastruktur Lydia Hüskens (FDP) EU-Pläne für jährliche untersuchungen bei Autos ab. Die EU-Kom gehe damit zu weit, s FDP-Politikerin im Bu Die Zahl der Unfälle s wiesenermaßen nicht Alter der Fahrzeuge. Na Willen der EU-Kommis len Fahrzeuge, die ä zehn Jahre sind, künft Jahr zur Hauptunters Bislang ist das nur alle z re nötig.

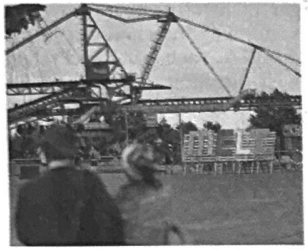
konnte verhindert werden.

17 Boxer und sechs Katzen sichergestellt

DOLCHAU/VS. Eine Beschwerde aus der Bevölkerung hat für einen Einsatz vom Veterinär- und Ordnungsamt in der Einheitsgemeinde Kalbe gesorgt. Aufgrund der Bedingungen, die Mitarbeiter während der Kontrolle auf einem Gehöft vorfanden, wurden 17 Boxer-Hunde und sechs Katzen sichergestellt und in verschiedenen Tierheimen untergebracht.

Aufgefallen

Verdacht auf Schwarzarbeit bei Festival



Der Zoll hat beim diesjährigen Hive Festival im Juni auf dem Ferropolis-Gelände mehrere Drogendelikte festgestellt und ermittelt zudem in zahlreichen Verdachtsfällen zu Schwarzarbeit. In Zusammenhang mit Drogen wurden 17 Strafverfahren eingeleitet, teilte das Hauptzollamt Magdeburg mit. Es wurden kleinere Mengen von Ecstasy, Chrystal Meth und Kokain gefunden. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FSK) legte ihren Schwerpunkt auf die Gastronomie sowie das Speditions- und Transportgewerbe. Bei 40 von 130 Beschäftigten gab es den Angaben zufolge Auffälligkeiten. FOTO: DPA

ten dagegen Berufung eingelegt. Im Landgericht spricht der Vorsitzende Richter Berthold Pfuhl am Freitag von einem dynamischen und unübersichtlichen Geschehen an jenem Tag im November 2020. Auch gegen den betroffenen Reporter war zunächst ermittelt worden, gegen eine Geldauflage war das Verfahren aber eingestellt worden. Was sich damals genau abgespielt hat, lässt sich fast fünf Jahre später auch mit der Hilfe von Aussagen und Videoaufnahmen nicht mehr rekonstruieren.

Für die Einstellung des Verfahrens gibt es aber noch einen weiteren Grund, einen juristischen. Erst im Mai war Liebich vom Oberlandesgericht (OLG) Naumburg unter anderem wegen Volksverhetzung, übler Nachrede und Beleidigung in mehreren Fällen zu einem Jahr und sechs Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden, weil er queere Menschen und Andersdenkende gehetzt hatte, muss damit nun erstmals ins Gefängnis, nachdem sie bisher mit Geld- und Bewährungsstrafen davongekommen war. Das OLG bestätigte damit ein Urteil des Amtsgerichts Halle vom Juli 2023 gegen Liebich.

Geschlechtseintrag geändert

Ende vorigen Jahres hatte Liebich auf der Grundlage des neuen Selbstbestimmungsgesetzes ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen ändern lassen. In der queeren Community hatte das scharfe Kritik ausgelöst. So hatte die frühere CSD-Botschafterin Elna Maria Rackwitz aus Halle im Januar gegenüber der MZ von „purer Provokation" gesprochen. Dennoch ist die MZ rechtlich verpflichtet, in der Berichterstattung über Liebich die weibliche Form zu verwenden. Auch für den Haftantritt hat die ihre Strafe in einem Männer- oder in einem Frauengefängnis absitzen muss. Die Justizbehörden müssen das prüfen. Zuständig für die Vollstreckung der Haftstrafe ist die Staatsanwaltschaft in Halle.

Mit dem erst seit November gültigen Selbstbestimmungsgesetz sei eine neue Konstellation entstanden, sagt der Sprecher der Behörde, Benedikt Bernzen, auf MZ-Anfrage. Generell sei eine Einzelfallprüfung notwendig, gerade in einem solchen Sonderfall. Mit einer Entscheidung rechnet die Staatsanwaltschaft bis zum Herbst. Das liegt nicht nur daran, dass die Situation für die Justiz neu ist, sondern auch an einem juristischen Verfahren: Laut Bernzen könne die Prüfung erst beginnen, wenn das Naumburger Urteil samt Akten bei der Staatsanwaltschaft eingegangen sei und das Amtsgericht Halle sein Urteil aus 2023 mit einem so-

Psychologisches

So steht bisher nur fest, dass Liebich in ein sächsisches Gefängnis wird einrücken müssen, weil ihre letzte Wohnadresse im Freistaat liegt. „Wir haben keine anderen Erkenntnisse, daher ist Sachsen zuständig", sagt Staatsanwalt Bernzen. Die Entscheidung werde in Abstimmung mit den dortigen Behörden getroffen. Das sächsische Justizministerium hatte zuletzt gegenüber dem MDR erklärt, denkbar sei zur Beurteilung der Situation auch ein psychologisches Gutachten.

In Leipzig werden am Freitag auch die Verfahren gegen Liebichs Mitangeklagte eingestellt. Zwei von ihnen legt das Gericht allerdings eine Geldbuße auf. Liebichs Verteidiger erklärt, seiner Mandantin tue das Geschehen leid, sie selbst habe den Fotografen aber nicht attackiert.

Richterbund: Land stellt zu wenig ein

In der Justiz rollt die Pensionswelle. Ministerin sieht Dienste gewappnet.

VON LISA GARN

HALLE/MZ. Trotz vieler Neueinstellungen ist Sachsen-Anhalt für die Pensionswelle in der Justiz nicht gewappnet. Das konstatiert der Richterbund Sachsen-Anhalt. „Es werden nicht genug eingestellt, um den massiven Abgang zu kompensieren", sagt der Vize-Landesvorsitzende Robert Glinski. Aufgrund des zweijährigen Einstellungsstopps in der Verwaltung komme aktuell weniger Personal hinzu, Referendare würden nur aus Sachsen-Anhalt eingestellt. Zudem seien Ansprüche an das Examen gesenkt worden. „Schlechtere Noten bedeuten nicht unbedingt schlechtere Richter. Aber wir wollen die klugen Köpfe und finden nicht genug." Glinski fordert die Aufhebung des Einstellungsstopps für die Justiz, „um Bewerber aus anderen Bundesländern einzustellen".

Das Land habe zu spät begonnen, gegen den Rückgang zu arbeiten. Die Neuzugänge führten anfangs auch nicht nur zu Entlastungen. „Die neuen Kollegen werden berechnet, als wären sie genauso leistungsfähig wie langjährige Kollegen. Weil das in der Realität nicht so ist, kommt es teils zu beträchtlichen Rückständen und längeren Verfahrenslaufzeiten." Um qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, müsse sich die Justiz wandeln. „Es braucht den Willen, moderner zu werden", so Glinski. „Sachsen-Anhalt ist im Gegensatz zu anderen Ländern nicht in der Lage, die E-Akte einzuführen. Das ist aber ein Faktor bei der Frage, wie wir die guten Köpfe herbekommen."

Landesjustizministerin Franziska Weidinger (CDU) weist die Kritik zurück. „Die Einstelloffensive zeigt Wirkung und ich bin zuversichtlich, dass wir auf den Generationswechsel vorbereitet sind." In vergangenen Jahren waren 177 Volljuristen eingestellt worden. 2024 waren 46 Richter und Staatsanwälte ausgeschieden – 38 wurden neu eingestellt. 2025 gab es bisher 32 Abgänge und 13 Neuzugänge. Angebote macht das Land auch Juristen, die seit Jahren als Anwälte oder in der Wirtschaft arbeiten. Aufgrund sinkender Personalbedarfe in einigen Bereichen sei aber nicht jeder Altersabgang auszugleichen, so das Ministerium. Der richterliche Dienst sei personell „bedarfsgerecht ausgestattet", die Staatsanwaltschaft „annähernd bedarfsdeckend". Es solle weiter auf hohem Niveau eingestellt werden. Zudem sei beim Finanzministerium „eine Ausnahme vom Einstellungsstopp beantragt" worden, um ergänzend extern einstellen zu können, also auch aus anderen Bundesländern.

Vize-Landesvorsitzender des Richterbundes Robert Glinski FOTO: JENIFER HORST

„Wir wollen die klugen Köpfe und finden sie nicht."

Robert Glinski
Richterbund Sachsen-Anhalt

ZAHL DES TAGES

100

Millionen Euro will das Erzbistum Köln bis 2030 im Vergleich zu 2022 jährlich einsparen. 2024 standen Erträge von etwa 890 Millionen Euro Aufwendungen in Höhe von 954 Millionen Euro gegenüber. Man wolle sich auf Wesentliches konzentrieren – zum Beispiel auf die seelsorgerische Begleitung von Patienten in Krankenhäusern.

WORTWÖRTLICH

Karl Lauterbach

„Weshalb sollten Bürger, die in einer gesichert rechtsextremen Partei Mitglied sind, das Privileg haben, für den Staat als Beamte zu arbeiten? Wer unseren Staat, auch mit Mitteln der Demokratie, durch Hetze und Lüge zerstören will, ist kein Staatsdiener."
Der SPD-Politiker will keine AfD-Mitglieder im Staatsdienst. FOTO: DPA

KALENDERBLATT

12. Juli 1950

Zugkatastrophe: Zwischen Zwickau und Aue in Sachsen kommen bei einem Eisenbahnunglück zahlreiche Menschen ums Leben. Nach Angaben der DDR-Nachrichtenagentur ADN gibt es insgesamt 20 Todesopfer und 50 Verletzte. In westlichen Medien wird über deutlich mehr Tote spekuliert.

KOMMENTAR

Der Präsident muss klare Grenzen ziehen

JAN SCHUMANN lobt, dass Schellenberger den Landtag verteidigt.

Der Landtagspräsident hat etwas gewagt, dass es so möglicherweise noch nie ... Sachsen-Anhalt gab: In aller ...entlichkeit hat Gunnar Schel... berger (CDU) Ermittlern der ...tsanwaltschaft Magdeburg ... der Polizei vorgeworfen, die ...e des Landtags massiv ver... ...u haben. Grund ist eine ... wegen Untreueverdachts ... drei Fraktionen. Zwar lau... Ermittlungen noch, end... Bewertungen in der Sache ...her noch nicht möglich. ...chellenberger hat mit sei... ...tigen Schritt dem Parla... ...s er zu schützen hat, ...enst erwiesen. ...das Störgefühl, das der ... beim Anblick dutzen... ...mierter vor und im ...atte, muss man teilen. ... drängt sich der Verdacht auf, dass diese Untreue-Ermittlungen auch mit weniger martialischen Mitteln möglich gewesen wären. Sollte es wirklich so sein, dass die Staatsanwaltschaft im Vorfeld der Razzia nicht um die freiwillige Herausgabe der Akten gebeten hätte – das Störgefühl würde immer größer.

Denn Razzia-Bilder wie diese haben eine enorme öffentliche Wirkung – unter Umständen eine vorverurteilende. Politiker als Kriminelle, das ist das Bild, das diese Durchsuchung suggerierte. Und das in einer Zeit, in der demokratische Institutionen ohnehin massiv unter Druck stehen, auch der Landtag. Gut, dass der Präsident das Parlament entschlossen verteidigt. **Politik**

Den Autor erreichen Sie unter:
jan.schumann@mz.de

Anwaltschaft im Umbruch

Die Kanzleien müssen sich mehr einfallen lassen, um speziell Frauen zu gewinnen.

Nach dem Studium Rechtsanwalt werden – das war für viele Jurastudenten das Traumziel. Der Beruf war mit Prestige verbunden. Gerade nach der Deutschen Einheit, als die Justiz in Ostdeutschland von Grund auf erneuert wurde, entstand eine große Nachfrage. Doch diese Zeiten sind vorbei: Der Job hat an Attraktivität verloren. Das ist ein Problem für Kanzleien – und für Verbraucher.

Viele Juraabsolventen gehen in den Staatsdienst. Dort gelten Arbeitszeiten als moderater, der Verdienst als besser. Andere gehen in Verwaltungen oder in ein Unternehmen. Manche geben schnell ihre Zulassungen zurück, weil sie nach ein paar Jahren überarbeitet oder unzufrieden sind. Vor allem Großkanzleien haben den Ruf, dass Arbeitsbelastung und Leistungsdruck besonders hoch sind. Für die Generation Z sind Selbstbestimmung im Beruf und Work-Life-Balance viel wichtiger als Karriere und hohe Gehälter.

„Kanzleien sind meist männlich dominiert, das wirkt für Frauen abschreckend."
Lisa Garn
Reporterin

Der Anwaltsberuf früher war auch auf eine ganz andere Rollenverteilung zugeschnitten: auf Männer, die weniger Sorgearbeit für Kinder und Haushalt verrichten mussten. Auch das hat sich gewandelt. Aber Kanzleien sind meist männlich dominiert, das wirkt für Frauen abschreckend. Die Anwaltschaft muss sich einiges einfallen lassen, um Nachwuchs zu gewinnen. Kanzleien werben bereits an Universitäten, organisieren Freizeitveranstaltungen, posten Instagram-Videos. Es gibt bezahlte Auszeiten vom Job und oft mehr Geld. Manche haben sich auf den Weg gemacht, reichen wird das nicht.

Im Kern geht es um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist auch in anderen Branchen das wiederkehrende Thema: Bei den Ärzten gibt es inzwischen neue Modelle, wie Arbeitszeiten gestaltet werden.

Ein Großteil der Jurastudenten ist weiblich. Speziell für Frauen also muss der Anwaltsberuf attraktiver gemacht werden – ohne sie hat es die Branche noch schwerer. **Seite 1**

Die Autorin erreichen Sie unter:
lisa.garn@mz.de

...AR

...ieg für ...emokratie

...G sieht die Vertagung der Richter-Entscheidung gelassen.

...Mal hat man den Bo... ...erspannt. Doch das ...te Prozedere von ...ünen und FDP, im ...iber einen Verteil... ...uen Kandidaten ...szukungeln und ...er Öffentlichkeit ...e Kandidaten ...chon lange kri... ...ens die Beru... ...Politiker Peter ...n Harbarth ...Schon damals ...rage diskutiert ...as Parteimit... ...heren Appa... ...esverfassungs... ...ben. Generell ..., die eine star... ...nen Richtun... ...Karlsruhe ...sein. Im ... SPD nun die Steilvorlage gegeben, indem sie zwei Kandidatinnen benannte, die zu höchst strittigen Themen vorab begründeten, wie ihre Urteile ausfallen könnten. Gab es wirklich keine moderaten und gleichermaßen kompetente Kandidaten?

Mit ihrem Kandidatendeal ist es den Spitzen von SPD und Union gelungen, dem Ansehen des Rechtsstaats einen enormen Schaden zuzufügen. Andererseits hat der gestrige Eklat auch einen positiven Effekt: Ohne den starken Gegenwind aus der Öffentlichkeit hätte Friedrich Merz den fragwürdigen Deal nicht vor der Ziellinie platzen lassen. Das lässt sich als Sieg unserer Demokratie bewerten. **Politik**

Den Autor erreichen Sie unter:
politik.redaktion@mz.de

Streit um die Wahl der Bundesverfassungsrichter

KARIKATUR: KOSTAS KOUFOGIORGOS

LESERBRIEFE

Vernünftig sieht anders aus

Zu „Bundestag setzt Corona-Kommission ein"
MZ vom 11. Juli

Der Bundestag hat jetzt eine Enquetekommission eingerichtet, eine wenig scharfe Waffe des Parlaments, weil diejenigen Parteien, die die schärfere Variante gewollt haben, diese nicht mit der Mehrheit einer anderen Partei beschließen wollten. Mehrere Enquetekommissionen sind schon an ihren begrenzten Kompetenzen bereits gescheitert, zuletzt die Kommission zu Afghanistan, deren erschreckende Ergebnisse heute niemanden mehr interessieren. Das ist letztlich ...

„Für und Wider Triegel-Altar" hat einen sachlich nicht berechtigten besserwisserischen Ton.

Er stellt alle Befürworter dieses Altars in der Mitte des Westchors dermaßen ins Abseits, bestreitet dermaßen alle guten Argumente dafür, die es sehr wohl gibt – sowohl von Fachleuten als auch von vielen Besuchern, dass es wehtut. Schier unerträglich finde ich, wie rechthaberisch er alle an den Pranger stellt, die den Mut haben und hatten, den Dom nicht einfach erstarren zu lassen als Museum, sondern durch Beteiligung jetzt lebender Künstler an der Ausstattung (Glasfenster, Antependien und eben Altar) das reiche Zusammenwirken von Kunst und christlichem Glauben weiter ...

... wollen. Aber man darf nicht darüber hinwegsehen, dass ja schon Millionen von Menschen in den Jahren davor aufgenommen wurden. Oftmals scheitert es dann, viele kriminelle Asylanten wieder abzuschieben.

Man kann nur hoffen, dass die jetzige Bundesregierung bei ihrem Kurs bleibt und die Grenzen weiterhin so strikt kontrolliert.

Noch mehr Asylanten kann sich Deutschland einfach nicht leisten.

Hendrik Duda, Teutschenthal

Speicherung nicht beachtet ...

... Regionen ist ...gebot nötig

...t sich gegen Bußgeld für Vermieter aus.

...gierige Ver... ...sich Bun... ...rin Stefanie ...nnen. Ge... ...ilienbesit... ...er Miet... ...en, diese ... viel Miete ... Bußgelder zu verhängen, kann letztlich nicht die Lösung sein.

Nicht die Justiz-, sondern die Bauministerin ist gefragt. Und tatsächlich hat ja Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD) ihren „Bau-Turbo" durchs Kabinett gebracht. Der soll ...

Mitteldeutsche Zeitung
Unabhängig • Überparteilich

Liebe Leserin, lieber Leser, haben Sie Fragen zum Abo oder Anregungen oder Kritik zur aktuellen Ausgabe? Ihr Leserservice der Mitteldeutschen Zeitung hilft Ihnen gern weiter.

Aboservice
Mo–Fr 7–18 Uhr, Sa 7–12 Uhr,
Telefon: 0345/565-22 33
Online-Leserservice
www.mz.de/service
Kontakt zur Redaktion
Mo–Fr 10–18 Uhr,
Telefon: 0345/565-0
Digitale Angebote
Mo–Fr 7–18 Uhr, Sa 7–12 Uhr,
Telefon: 0345/565-27 00

Chefredakteur: Marc Rath | **Stellvertretender Chefredakteur:** Kai Gauselmann | **Mitglieder der Chefredaktion:** Axel Ehrlich (Leitung zentraler Newsdesk), Gero Hirschelmann (CvD Digital) | **Kultur:** Christian Eger | **Sport:** Fabian Wölfling | **Entwicklung/Neue Medien/Sonderprojekte:** Jessica Quick (alle verantwortlich) | **Foto/Video:** Andreas Stedtler | **Produktion:** Bernd Martin | **Hauptstadtbüro:** Guido Bohsem (Leitung) Neue Berliner Redaktionsgesellschaft (NBR) | **Magdeburg:** Hagen Eichler, Jan Schumann

Geschäftsführung: Marco Fehrecke

Anzeigen: Media Mitteldeutschland GmbH, Delitzscher Straße 65, 06112 Halle (Saale), verantwortlich lokal: Steffen Schulle; verantwortlich national: Sebastian Mühlenkamp

Herausgeber: Mitteldeutsche Verlags- und Druckhaus GmbH

Verlag/Redaktion: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG, Delitzscher Straße 65, 06112 Halle
Postanschrift: 06075 Halle
Telefon: 0345 565-0
E-Mail: info@mz.de
Internet: www.mz.de
Druck
MZ Druckereigesellschaft mbH, Fiete-Schulze-Str. 3, 06116 Halle
Redaktion
Telefon: 0345 565-42 41
Anzeigen
Telefon: 0345 565-22 11
Fax: 0345 565-23 51
Vertrieb
Telefon: 0345 565-22 33
Fax: 0345 565-27 99

Wöchentlich mit „prisma", dem Magazin zur Zeitung | Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 35 vom 1. Januar 2023

Die auf dieser Seite veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Es besteht kein Anspruch auf eine Veröffentlichung.
Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Leserbriefen das Recht zum Kürzen vor.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt bzw. infolge von Streik besteht kein Entschädigungsanspruch.
Bitte beachten Sie, dass die Rechnungstellung und Abbuchung seit dem 01.03.2021 durch die Mitteldeutsche Verlags- und Druckhaus GmbH erfolgt.